

FDP Hamburg

Wahlprüfstein 2019014

Absender / Institution: Naturschutzbund

Themenschwerpunkt: Naturschutz

Ist Ihre Partei:

Naturschutz und Naturkunde

- **für die Umsetzung des Vertrags für Hamburgs Grün (VI-Einigung)?**

Antwort:

Ja. Wir begrüßen den Vertrag für Hamburgs Grün. Die FDP steht für mehr Qualität bei Naturschutzflächen anstatt reiner Konzentration auf die Größe dieser Flächen. Der Vertrag könnte eine Aufwertung bestehender Flächen im Naturschutz schaffen. Bisher sind wir jedoch skeptisch, ob der Vertrag tatsächlich in diesem Sinne umgesetzt wird.

- **für ein „Bündnis für Hamburgs Grün“ zur Hebung der Naturpotentiale auf privaten Flächen?**

Antwort:

Gerade private Flächen haben ein enormes Potential, das genutzt werden kann, um das Stadtklima positiv zu beeinflussen und die Biodiversität in Hamburg zu sichern. Wir sind für weniger Vorschriften und mehr miteinander im Naturschutz. Wenn freiwillige Pflanzungen nur angezeigt werden müssten, aber nicht unter die Regularien der Baumschutzsatzungen fallen würden, könnten viele Bäume auf privatem Grund beim Erreichen des entsprechenden Maßes vor der „vorausschauenden“ Fällung gerettet werden. So würde ein wirklicher Anreiz für das Pflanzen von Bäumen geschaffen werden. Ein Bündnis für Hamburgs Grün könnte in diesem Sinne handeln, ein Vermittler zwischen verschiedenen Interessen sein und sich zu einer Informationsplattform für die Beteiligten entwickeln.

- **für den Erhalt der Straßen- und Parkbäume auf jetzigem Niveau nach Anzahl und Volumen?**

Antwort:

Ja. Eigentlich benötigen wir noch mehr Grün im öffentlichen Raum. Gleichzeitig wäre mehr Flexibilität sinnvoll, damit nicht aus falsch verstandenem Naturschutz einzelne Baumfällungen extremen Aufwand erfordern, obwohl einfach ein Ausgleich geschaffen werden könnte.

- **für einen Landschaftspflegeverband?**

Antwort:

Ein Landschaftspflegeverband könnte grundsätzlich ein interessanter Ansatz sein, um Interessen und Expertise von Politik, Landwirtschaft und Naturschutz noch enger zusammenzubringen. Die Hamburger Bezirke hatten in der Vergangenheit aufgrund knapper Mittelausstattung vielfach Probleme, eine ökologische Aufwertung von Flächen erfolgreich umzusetzen. Vor Gründung weiterer Gremien müsste zunächst eine Aufgabenbeschreibung und Aufgabenkritik erfolgen.

- **für Naturräume auf Schulhöfen?**

Antwort:

Ja. Sofern die Einrichtung von Biotopen auf Schulhöfen vor Ort möglich ist, können sie einen wertvollen Beitrag zur Umweltbildung an Schulen leisten und eine Verbindung von Theorie und Praxis sicherstellen.

Flächenschutz

- **für den Erhalt und die dauerhafte Sicherung des Vollhöfner Waldes?**

Antwort:

Die Vollhöfner Weiden haben sich zu einem Wald entwickelt. Es gibt auf einem Teil des Gebiets ein ökologisch sehr wertvolles Gehölz. Da es derzeit keinen Bedarf an den Vollhöfner Weiden als Nutzungsfläche gibt und diese zudem zur Naherholung dient, ist ein Erhalt des entstandenen Waldes sinnvoll und eine Abholzung weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll.

Gewässerschutz

- **für die unverzügliche Verwirklichung mindestens einer großen/wirksamen Maßnahme zur Flutraumschaffung an der Elbe?**

Antwort:

Eine wirksame Maßnahme zur Flutraumschaffung an der Elbe in Kooperation mit den Nachbarländern wird notwendig sein, auch um sich an den Klimawandel anpassen und entsprechend stärkere Wasserschwankungen ausgleichen zu können. Jedoch muss diese mit Bedacht und nicht unverzüglich erfolgen. Die Flutung der Doveelbe halte ich für unverantwortlich, da sie ein neu geschaffenes Ökosystem zerstören würde und abgesehen davon die vielfältige Nutzung im Einklang mit der Natur z.B. durch Angler oder Ruderer unmöglich machen würde.

- **dafür, dass Hamburg sich für eine internationale Begrenzung der maximalen Schiffsgrößen einsetzt?**

Antwort:

Es sollte eine Einigung auf internationaler Ebene angestrebt werden. Wir gehen davon aus, dass sich die Schiffsgrößenentwicklungen nicht durch einseitige Verbote regulieren lassen. Vielmehr geht es um Einigungen in einem internationalen Markt mit Wettbewerb.

Verkehr

- **gegen den Bau A 26 Ost?**

Antwort:

Nein. Wir halten sowohl die neue Köhlbrandquerung, als auch die A 26 Ost für notwendige Projekte, um die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens zu erhalten und die Infrastruktur zu verbessern. Die A 26 Ost wird wesentlich zur Entlastung der Straßen beitragen, Staus reduzieren und kann damit zur Reduzierung unnötiger Emissionen im Hafen beitragen. Wir unterstützen, dass nun durch Nachbesserungen ein verbesserter Lärmschutz möglich ist und so Belastungen für Anwohner reduziert werden.

- **für die Abschaffung der Harley-Days in Hamburg?**

Antwort:

Nein. Wir möchten, dass Hamburg weiterhin eine weltoffene Stadt bleibt, in der Veranstaltungen verschiedenster Art stattfinden können. Dazu gehören auch die Harley-Days. Geprüft werden sollte eine mögliche Entzerrung von Großveranstaltungen, um die Innenstadt zu entlasten, insbesondere von übermäßigen Verkehren und Abgasbelastungen.

Luftreinhaltung

- **für eine Landstrompflicht für alle Kreuzfahrtschiffe in Hamburg ab 2023, weil dann Landstrom an allen Terminals zur Verfügung stehen wird?**

Antwort:

Wir wollen, dass die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden. Daher sollten Anreize für die Reedereien zur freiwilligen Nutzung von Landstrom ohne Anschlusszwang entwickelt werden.

Klimaschutz

- **für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens bei dem jede Hamburger Fachbehörde und die öffentlichen Unternehmen ihren Teil verbindlich beitragen?**

Antwort:

Die FDP steht zu den Pariser Klimazielen und begrüßt, dass auch die Hamburger Fachbehörden und Unternehmen ihren Anteil zum Klimaschutz beitragen wollen.

Umweltrecht

- **für eine unabhängige, von der Planungsbehörde entkoppelte Planfeststellungsbehörde?**

Antwort:

- **für den vollständigen Erhalt des Verbandsklagerechtes der Umweltverbände**

Antwort:

Wir benötigen eine Reform des Planungsrechts, die Betroffenenrechte wahrt und Planungsprozesse beschleunigt. Wir sind daher für eine Überprüfung der Prüfungstiefe und für den Erhalt des Verbandsklagerechtes. Verbände sollten frühzeitig beteiligt und in die Planungen eingebunden werden.

Landwirtschaft

- **dafür, dass Zahlungen an die Landwirtschaft an deren Leistungen für Klima -, Natur oder Artenschutz gebunden werden**

Antwort:

- **oder zumindest dafür, dass 15% der Direktzahlungen, die bislang überwiegend ohne Gegenleistung an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt werden, in Förderungen des**

ländlichen Raumes umgeschichtet und damit insbesondere mehr freiwillige Agrarumwelt und Klimaschutzmaßnahmen ermöglicht werden?

Antwort:

Ja. Sowohl die konventionell als auch die ökologisch wirtschaftenden Landwirte erbringen erhebliche Leistungen für Natur und Gesellschaft. Deswegen ist die FDP dafür, dass Landwirte angemessen entlohnt werden. Die Proteste der Landwirte haben gezeigt, dass sich die meisten Landwirte ein nachhaltiges Wirtschaften im Einklang mit der Natur anstreben, jedoch mit zu vielen bürokratische Vorschriften umgehen müssen. Deswegen ist es notwendig, dass mit Auflagen versehende Zahlungen praxisgerecht gestaltet werden.

Die Land- und Forstwirtschaft hat bisher als einziger Sektor die Fähigkeit zur CO₂-Speicherung. Deswegen wollen wir sie in den internationalen Zertifikatehandel zur Reduzierung der CO₂ Emissionen einbinden und ihnen so ein zweites Standbein sichern. Die allgemeinen Agrarsubventionen, welche vielfach mit hohen bürokratischen Auflagen versehen sind, wollen wir hingegen mittel- bis langfristig abbauen.

Umweltbildung

- **für die Umsetzung und Finanzierung des Masterplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2030**

Antwort:

Ja. Eine Erziehung zum nachhaltig und verantwortungsbewusst handelnden Menschen benötigt auch eine umfassende Umweltbildung. Deswegen befürworten wir eine fächerübergreifende Umsetzung des Masterplans BNE, der möglichst viele Fächer einschließt.